

16.04.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten!

I. Ausgangslage

Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist so hoch wie kaum zuvor. Das Risiko für Einbrecher, für eine solche Tat bestraft zu werden, ist zugleich indes verschwindend gering. Die rot-grüne Landesregierung wirkt beim Kampf gegen Einbrecher in NRW hilflos und verunsichert und demotiviert zugleich die Beschäftigten der Polizei durch Stellenabbaupläne trotz massiver Arbeitsbelastung und hoher Ausfallzahlen bei der Polizei und eine diffuse Besoldungspolitik. Statt die Bekämpfung der Eigentumskriminalität durch nachhaltige, verbesserte Konzepte, praktisch wirksame Maßnahmen, permanent notwendigen Fahndungsdruck auf Einbrecher und systematische Sachfahndung sowie Aufdeckung klassischer und neuer Vertriebskanäle der Beute zu einem Schwerpunkt der Kriminalstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen zu machen, setzt Innenminister Jäger mit „Riegel vor!“ neben der präventiven Bürgeransprache primär auf punktuellen Aktionismus und Medienkampagnen, welche nicht die notwendige - auch abschreckende - Wirkung erzeugen. Dies belegen nachfolgende Daten und Zahlen auf erschreckende Weise:

- **Nordrhein-Westfalen ist mit 54.167 Wohnungseinbrüchen im Jahr 2012 Einbrecherland** – Alle zehn Minuten wird in NRW in eine Wohnung oder ein Haus eingebrochen. Die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW ist im Zeitraum 2010 bis 2012 drastisch um über 30 Prozent (13.052 Fälle) auf einen erschreckend hohen Stand gestiegen. Nach einem enormen Anstieg von 12,5 Prozent im Jahr 2011 gab es landesweit eine deutliche Steigerungsrate von 7,5 Prozent im Jahr 2012, wobei in einzelnen Kreispolizeibehörden teilweise weit massivere Zuwächse zu verzeichnen waren. So stiegen etwa in Münster die Wohnungseinbruchszahlen um über 80 Prozent und im Kreis Coesfeld um 64 Prozent. Hinzu kommen zudem die Einbrüche in Keller,

Datum des Originals: 16.04.2013/Ausgegeben: 16.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Lager-, Geschäfts- und Verkaufsräume, Praxen, etc., die ebenfalls eine bedeutende Zahl der Fälle des sog. Diebstahls unter erschwerenden Umständen (im Jahr 2012 insgesamt 326.726 Fälle) ausmachen.

- **160 Millionen Euro Gesamtschaden** entstanden den Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012 durch Wohnungseinbruchdiebstähle. Im Schnitt erbeuten die Täter bei jedem Einbruch 5.000 Euro. Unseren Bürgern und/oder den Versicherern entsteht somit jedes Jahr ein enormer finanzieller Schaden. Hinzu kommen die emotionale Betroffenheit der Opfer und damit der beträchtliche immaterielle Schaden, wenn fremde Personen in das vertraute Heim – ggfs. sogar bei Anwesenheit der Bewohner - eingedrungen sind und dieses durchsucht haben. Ein Einbruch in die eigene Wohnung ist auch ein Angriff auf die Seele. Opfer leiden manchmal jahrelang unter psychischen Folgen wie Schlaflosigkeit und Angstgefühlen oder müssen gar umziehen.
- **Eine erschreckend niedrige Aufklärungsquote von nur 13,8 Prozent** bei Wohnungseinbrüchen ist für Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen, wobei diese örtlich in einzelnen Kreispolizeibehörden teilweise noch deutlich darunter liegt, in Köln etwa bei nur 6,29 Prozent und im Kreist Düren bei nur 7,89 Prozent.
- **Nur 2-3 Prozent der Täter werden später tatsächlich auch angeklagt und tatsächlich zur Rechenschaft gezogen**; davon geht ein Essener Kriminologe und Polizeiexperte nach umfassenden Aktenauswertungen mehrerer hundert Wohnungseinbrüche in den Polizeibezirken Mülheim a.d.R., Oberhausen und Wesel aktuell aus. Denn während die polizeiliche Aufklärungsquote allein die Zahl polizeilich ermittelter Tatverdächtiger umfasst, würden später 87 Prozent der von der Polizei übermittelten Verdachtsfälle von der Staatsanwaltschaft eingestellt - meist, weil die Straftat nicht nachweisbar sei.
- **NRW hängt im Ländervergleich bei Wohnungseinbruchszahlen und Aufklärungsquoten hinten!** Während NRW eine Aufklärungsquote von nur 13,6 Prozent im Jahr 2011 vorweisen kann, haben andere Flächenländer wie Niedersachsen eine Aufklärungsquote von über 26 Prozent. Thüringen schafft sogar eine Quote von über 40 Prozent.
- Jeder Bürger trägt **Verantwortung zur Sicherung seiner Wohnung oder seines Hauses** in geeigneter Weise. Die präventive Aufklärung der Bürger durch die Polizei über Notwendigkeit und Maßnahmen, ihre Wohnung bzw. ihr Haus ausreichend gegen Einbrecher zu sichern, kann immer nur ein Baustein in einem überzeugenden polizeilichen Gesamtkonzept höchstgelegener Maßnahmen sein. Nur etwa 40 Prozent der rund 8,6 Millionen Haushalte Nordrhein-Westfalens befinden sich im eigenen Heim. Selbst bei sensibilisierten Menschen stoßen Aufklärungsmaßnahmen schnell an ihre Grenzen, wenn als bloße Mieter teure eigene Investitionen – etwa in eine Sicherheitstür oder speziell gesicherte Fenster - in die nur auf Zeit gemietete Wohnung selbst getragen werden müssen. Hausratversicherungen belohnen in der Regel allenfalls den Einbau einer Alarmanlage mit der Senkung der Beitragssätze.
- **Neue Tätertypen verlangen nach neuen Konzepten** - Zahlreiche engagierte polizeiliche Ermittler, Staatsanwälte und Richter sehen sich veränderten Bedingungen, neuen professionell agierenden Tätertypen bzw. internationalen Banden gegenüber. Ohne neue wirksame Strategien der Bekämpfung und dafür vorhandenem Personal bei

der konsequenten praktischen Umsetzung führen zu einem einsamen Kampf gegen Windmühlen. Kriminalisten in NRW sollen Einbrecher aktuell in drei verschiedene Typengruppen zusammenfassen:

- Lokal ortsansässige Kleinkriminelle, die mit Gelegenheitseinbrüchen zumeist ihre Drogensucht zu finanzieren versuchen;
- International operierende, hochprofessionell arbeitende Gruppierungen;
- zumeist aus Osteuropa stammende Täter, die inzwischen in Deutschland leben und für ihre Taten hunderte Kilometer durch NRW reisen.

Letztere Gruppe soll für den massiven Anstieg der Fälle verantwortlich sein. Es gehe um zumeist überregional und arbeitsteilig operierende Gruppierungen, die nur vorübergehend in Nordrhein-Westfalen blieben. Sie wechselten häufig die Orte und würden nur selten dort straffällig, wo sie sich für längere Zeit aufhielten. Dennoch hätten sie mit einer Vielzahl von Delikten, die ihnen zugeordnet werden, einen erheblichen Einfluss auf die Sicherheit im Land.

- Es wurden zuletzt **erhebliche Defizite bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit** durch eine im vergangenen Sommer von Innenminister Jäger selbst berufene Arbeitsgruppe „Bekämpfung mobiler Intensivtäter Eigentum“ aufgedeckt, so Medien. "Überregional, arbeitsteilig organisierte Berufs- und Gewohnheitstäter, die in mehreren Kreispolizeibehörden Straftaten begehen (...), erfahren in Nordrhein-Westfalen einen zu geringen Verfolgungsdruck", sollen die Fachleute aus dem LKA notiert haben. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Kriminalpolizei werde im Bereich der Einbruchskriminalität zunehmend nach dem Motto „AktENZEICHEN, ABHEFTEN UND FERTIG“ verfahren. So würden z.B. Datenbanken schlecht gepflegt, Kriminalakten vernachlässigt und erkennungsdienstliche Instrumente wie Fotos oder Fingerabdrücke nicht aktualisiert. Zudem fehle es an der nötigen Abstimmung zwischen den Polizeibehörden.
- Auch andere Polizeiexperten gehen davon aus, dass die von der Polizei **nach Wohnungseinbrüchen ergriffenen Maßnahmen in vielen Bereichen nur eine geringe Wirkung** haben. Andererseits erfolgten solche bei weitem auch nicht umfassend oder zeitlich verzögert. Die Arbeit der Spurensicherung bleibe oft nutzlos, da die heutigen Täter weniger Spuren zurücklassen. Neben üblichen polizeilichen Maßnahmen biete nach Expertenansicht gerade die Öffentlichkeitsfahndung bzw. die gezielte Umfeldinformation sowie eine gezielte Suche nach und Zuordnung von Tatbeute noch deutliches Potential für eine erfolgreiche Bekämpfung des Wohnungseinbruchs. Wirkungsvoll sei etwa auch der Einsatz ziviler Beamten vor Ort. Auch der Chef der GdP-NRW sieht „Nachholbedarf“ im Kampf gegen Einbrecherbanden. Der Vorsitzende des BdK-NRW beklagt, dass die Polizei in NRW zu wenig Sachfahndung leisten könne. Eine große Menge Diebesgut werde etwa bei Internetauktionsplattformen wie ebay angeboten. In anderen Bundesländern wie Bayern würden sich die Ermittler gezielt im Internet auf die Suche nach gestohlenen Gegenständen begeben.
- Trotz dieser Erkenntnisse setzt Innenminister Jäger primär auf Show statt Wirkung und bindet für medienträchtige Großeinsätze ohne spürbare Erfolge gegen Einbrecher wiederkehrend über 2.000 Polizeibeamte. Experten und Medien werfen dem Minister zu Recht vor, als „Minister der schönen Bilder“ mit personalintensiven, aufwändigen und teuren Alibiveranstaltungen eine heile Welt zu inszenieren, die so in NRW ausweislich

der aktuellen erschreckenden Wohnungseinbruchszahlen nicht existiere. Irritierenderweise wurde zuletzt bei einem solchen Großeinsatz im Rheinland am 10.01.2013 bereits um 7 Uhr morgens auf öffentlichen Presseportalen zur medialen Begleitung der Einsätze eingeladen - Einbrecher waren also höchstoffiziell gewarnt. Zudem wurde zum Einsatz am 28.02.2013 im Münsterland und in Ostwestfalen nachträglich bekannt, dass Polizeibehörden Haftbefehle wochenlang zurückgehalten und erst an dem Aktionstag vollstreckt hatten. Nur vereinzelt wurden insoweit bei dem Großeinsatz Täter in Zusammenhang mit einer Einbruchstat gefasst.

- **Programme brauchen Personal, das sie konsequent umsetzt** - Für die konsequente Umsetzung der Strategien, Ermittlungen und Aufklärung benötigt NRW kontinuierlich einen zielgerichteten Personaleinsatz, nicht nur für medienräftige Groß- und Schwerpunkteinsätze an wenigen Tagen im Jahr. Trotz hoher Arbeitsbelastung und beachtlichen Ausfallzahlen bei der Polizei verunsichert die rot-grüne Landesregierung die Beschäftigten der Polizei durch einen eigeleiteten Stellenabbau bei der Polizei und eine diffuse Besoldungspolitik. Für den Polizeidienst stehen von den knapp 40.000 Polizeivollzugsbeamten in NRW heute faktisch nur rund 36.000 Beamte - also 90 Prozent - für den eigentlichen Dienst (abzüglich Urlaub, Fortbildung, Gerichtstermine, etc.) zur Verfügung, da der Polizei jährlich rund 4.000 Polizeivollzugsbeamte dauerhaft aus folgenden Gründen fehlen:
 - **Krankheit** - im Jahr 2011 kamen auf die 43.631 Beamten im Geschäftsbereich der Polizei in NRW (davon rund 40.000 Polizeivollzugsbeamte) insgesamt 850.753 Krankentage - vgl. Vorlage 16/566, Anlage 37). Durch Krankheit waren somit im Jahr 2011 umgerechnet ganze **3.700 Vollzeitstellen für Beamte/innen** im Geschäftsbereich der Polizei faktisch nicht besetzt. 4.019 Beamten im Geschäftsbereich der Polizei waren im Jahr 2011 länger als 30 Tage krank!
 - durch **Elternzeit oder Beurlaubungen** fehlen aktuell zudem weitere **431 Polizeibeamte/innen**;
 - weitere rund 164 Personen (**145 Vollzeitstellen**) sind im Geschäftsbereich des MIK nach dem LPVG wegen **Personalratstätigkeit freigestellt** und fehlen dort. Hinzu kommen weitere temporäre Freistellungen für Personalratstätigkeiten sonstiger Mitglieder.

Jede Kreispolizeibehörde muss somit bereits heute dauerhaft mit etwa 10 Prozent weniger Personal auskommen, als ihnen an Stellen formell zugewiesen sind.

II. Der Landtag beschließt:

1. Die erneut deutlich gestiegenen Einbruchszahlen zeigen leider, dass die PR-Aktion „Riegel vor“ von Innenminister Jäger keine nachhaltige Wirkung hat. Operative Inszenierungen im Halbjahrestakt ersetzen kein überzeugendes innenpolitisches Konzept für die alltägliche erfolgreiche polizeiliche Arbeit. Letztlich wird der Erfolg von Innenminister Jäger an den Zahlen der Polizeistatistik gemessen, betonte jüngst der Vorsitzende der DPolG NRW am 2.01.2013 in den Medien. Insbesondere Berichte zu

den Ergebnissen der eingesetzten Kommission und Äußerungen von Experten der NRW-Polizei sowie Berufsvertretern machen besorgt. Bürger in Nordrhein-Westfalen müssen weiterhin stärker als früher Sorge vor Einbrüchen haben. Wir brauchen einen nachhaltigen Fahndungsdruck auf Einbrecher, statt punktuellen Aktionismus. Statt mehrere Hundert oder Tausend Polizisten in symbolträchtigen Aktionstagen und der Kampagne „Riegel vor“ zu binden, sollte die Ermittlungstätigkeit der Polizei zur Auffindung der Beute gestärkt werden.

2. Selbst wenn vereinzelt Täter aufgegriffen werden, ist leider die Rückgabe der Beute vollkommen aus dem Blick geraten. Oben auf der Beuteliste stehen neben Bargeld insbesondere Schmuck, Uhren und Multimediaartikel, für die es einen Absatzmarkt braucht. Oftmals führt das Diebesgut wenigstens mittelbar zum Täter, weshalb es die Sachfahndung und Zuordnung von Tatbeute gezielt zu verstärken gilt! Je höher der Verfolgungsdruck und das Entdeckungsrisiko für Einbrecher und deren Helfer auf den Absatzwegen sind bzw. je mehr davon wegfallen, desto spürbarer wird die Zahl der Einbrüche sinken.
3. Zum verbesserten Schutz der Bevölkerung gegen Einbrecher und zur effektiven Verfolgung veränderter Tätertypen bedarf es konsequent umgesetzter neuer Strategien, wirksamer Konzepte, kreativer Ideen und mutige Wege zu gehen. Es gilt, Fahndungs-Flauten aufzulösen, das Entdeckungsrisiko und den Verfolgungsdruck für Einbrecher spürbar zu erhöhen und Instrumente zu schaffen, um insb. vorhandene professionelle Strukturen zu zerschlagen. Wo nicht aufgeklärt wird, kann auch nicht angeklagt werden: Ziel muss es sein, die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen für das Jahr 2013 durch nachhaltige Konzepte und Maßnahmen in jeder einzelnen Kreispolizeibehörde spürbar zu steigern.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für NRW endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung der massiv steigenden Wohnungseinbruchszahlen vorzulegen und konsequent umzusetzen, welches insbesondere folgende Bausteine umfasst:
 - Es muss ein polizeiliches Sofortprogramm „Beute zurück“ gestartet werden. Die Vertriebskanäle für Diebesgut wie etwa virtuelle Marktplätze müssen deutlich besser als bisher durch umfassende und gezielte Sachfahndung kontrolliert werden. Dabei müssen Schwerpunkte der Ermittlungstätigkeit auf die klassischen An- und Verkauf-Geschäfte, Märkte sowie die neueren Vertriebsplattformen im Internet gelegt werden. Für einen nachhaltigen Erfolg muss die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Polizeibehörden ausgeweitet werden. Dabei geht es nicht nur um die Verurteilung von Straftätern, sondern darum, dass die Bürgerinnen und Bürger nach einem Einbruch ihren Besitz zurückbekommen – insbesondere auch ihre persönlich wichtigen und teils seit Generationen besessenen Erinnerungsstücke. Dafür ist es zwingend notwendig, dass nach Einbrüchen die Listen mit dem Diebesgut zügig bearbeitet und möglichst breit veröffentlicht werden.
 - Die Polizei muss durch das Leitbild „Fahndung 2.0“ ihre Öffentlichkeitsarbeit modernisieren. Im Internet können User der Polizei bei der Ermittlungsarbeit helfen. Es erscheint nicht mehr zeitgemäß, dass die Polizei NRW über kein zentrales Internet-Fahndungsportal verfügt, sondern jeder Kreispolizeibehörde auf ihrem

Internetauftritt lokal fahndet. Denn andererseits wendet man sich auch erfolgreich über Sendungen wie „ZDF-Aktenzeichen XY“ oder „WDR-Kriminalreport“ an die breite Bevölkerung. Presse- und Internetveröffentlichungen zu erkannten Tatserien und Bildern von Beutestücken, endlich eine zentrale Fahndungsplattform auf Polizei.nrw.de und eine aktuelle offizielle Beutedatenbank und gezielte Informationsweitergabe sind sinnvolle Maßnahmen, damit Händler, Pfandleiher und Kaufinteressenten nicht unbeabsichtigt zum Diebesgutbesitzer, „Hehler“ oder bei späterer Rückgabe an den Eigentümer selbst zum Geschädigten werden. In einem polizeiinternen Fahndungssystem sind als gestohlen registrierte Gegenstände bereits aufgelistet. Zudem besteht das öffentlich zugängliche Portal SECURIUS als Internetdatenbank für bereits sichergestellte Wertgegenstände, um den Besitzer aufzufinden.

- Es gilt zudem, insbesondere die Versicherungsunternehmen, die zumeist für den Schaden aufkommen müssen, für gemeinsame neue Fahndungswege mit der Polizei zu gewinnen, etwa im Rahmen sog. Ordnungspartnerschaften. So könnte die Schaffung einer herausgehobenen Internetplattform für gesuchte gestohlene Gegenstände und möglichst durch Versicherung oder Opfer dabei ausgelobte Belohnungen angestrengt werden. NRW muss neue Wege der Einbindung der Bevölkerung als Kooperationspartner gehen – so fehlt es an Fahndungsportalen möglichst auch in den Sprachen der Länder, in die verstärkt Beute verbracht und verkauft wird. Die Einbindung der Bevölkerung als Kooperationspartner im Bereich „Innere Sicherheit“ allein als Adressat, ihr Heim besser zu sichern, ihre Umgebung aufmerksamer wahrzunehmen und verdächtige Beobachtungen der Polizei zu melden, greift zu kurz. Je mehr Menschen wissen, nach welchen entwendeten Gegenständen Opfer und Polizei konkret suchen, desto schwieriger wird der Absatz der Beute und umso größer ist das Entdeckungsrisiko. Jeder Bürger kann zusätzlich einen aktiven Beitrag nicht nur zur Verhinderung von Einbrüchen, sondern auch zu deren Aufklärung leisten.
- Die Landesregierung soll darüber hinaus gezielt in Gesprächen mit Versicherungen sowie Wohnungsvermieterverbänden Potentiale eröffnen, um für Mieter durch finanzielle Beteiligung oder Senkung von Beitragssätzen kostspielige Einbruchschutzmaßnahmen wie dem Einbau einer Sicherheitshaustür oder der Sicherung der Fenster eine win-win-Situation zu schaffen. Denn bei Mietimmobilien zahlt in der Regel der Vermieter oder dessen Versicherung den Schaden an aufgebrochenen Fenstern und Türen, der Mieter bzw. dessen Versicherung an den entwendeten, teilweise ideell unersetzlichen Gegenständen.
- NRW muss Art und Wirksamkeit polizeilicher und justizieller Bekämpfungsmaßnahmen permanent kritisch beleuchten und evaluieren. Das wiederkehrende Selbstlob des Innenministers über angeblich erfolgreiche Konzepte erscheint vor dem Hintergrund der historischen Einbruchszahlen befremdlich! Dabei gilt es insbesondere auch, die genauen Ursachen für stark unterschiedliche bzw. schwankende Aufklärungsquoten in den 47 Kreispolizeibehörden zu betrachten. Zudem gilt es, eine flächendeckende Studie für ganz NRW zur Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen bei Wohnungseinbrüchen durch entsprechende Aktenauswertung zu initiieren.

- NRW braucht motivierte Polizeibeamte – eine weitere Verunsicherung der Beschäftigten durch eingeleitete Stellenabbaumaßnahmen und eine diffuse Besoldungspolitik ist zu beenden. Die Kreispolizeibehörden benötigen ausreichend Kräfte, um entwickelte Kriminalitätsbekämpfungskonzepte konsequent in der tagtäglichen Arbeit umsetzen zu können und erforderliche örtliche und überörtliche Ermittlungskommissionen zu bilden.
- Beschäftigte der Polizei, die allein im Außendienst wegen einer temporären Beeinträchtigung nicht einsetzbar sind, sollen - soweit möglich - in dieser Zeit als Verstärkungskräfte für gezielte Sachfahndung vom Schreibtisch nach Einbruchsbeute im Internet genutzt werden können.
- Bereitschaftspolizeikräfte, die an einem Ort lediglich zur Reserve/Verstärkung vorgehalten werden, sollten - soweit möglich - für temporäre Maßnahmen gegen Einbrecher vor Ort eingesetzt werden können.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dr. Robert Orth
Marc Lürbke

und Fraktion